



Zusammenhang*

fragend schreiten wir voran...



Wo brodeln Widerstand?
Soziale Kämpfe an der Uni

Bildungsstreik,
Arbeitskampf und
Repression...



Editorial

Liebe Leser*Innen,

Sie gibt sich schick, die „Elite-Uni“ Göttingen - wie etwa im VG, das sich nach der Renovierung im ästhetischen Leistung-Weiß, statt belebtem Plakate-Bunt präsentiert. Aber nicht nur optisch will die Augusta sich im bildungspolitischen Elite-Zeitgeist ganz oben präsentieren. Hinter der Fassade sieht es aber schon ganz anders aus: Die Einführung von BA, Studiengebühren und die allgemeine Verschärfung von Studienbedingungen produziert das genaue Gegenteil von guter Lehre - wir ahnten es schon lange, inzwischen ist es sicher. Aber auch sonst hat Elite ja immer eine Kehrseite: Elite geht nur mit einer Masse, die nicht Elite ist. Soziale Differenzierung ist das Projekt der jüngsten Hochschulreformen. Eben darin liegt ja etwa der Sinn von Zugangsbeschränkungen zu Master-Plätzen.

Auch jenseits der Lehre ist die Göttinger Uni ganz „Elite“: Stellenabbau und Lohndrückerei - da ist sie ganz vorn dabei. Angestellte im Klinikum, der Mittelbau, Hausmeister*Innen und Reinigungskräfte - sie alle werden geschöpft, für immer weniger sollen sie immer mehr leisten. Am meisten leiden für das Wohlergehen der gebeutelten Uni-Haushalte sollen mal wieder die, die ohnehin schon am wenigsten bekommen (S. 5).

Aber es beginnt zu beben im Fundament der Bildungsfabrik: Nicht nur Studierende gingen letztes Semester zum Bildungsstreiken auf die Straße, auch am Klinikum wurde gestreikt, organisiert und protestiert. Über verschiedenste soziale Auseinandersetzungen an der Uni und warum Solidarität Not tut lest ihr auf S. 5-7.

Der Bildungsstreik hat es wackeln lassen wie lang nicht mehr. Rund 10.000 Schüler*Innen und Studierende gingen gegen Bachelor, Studiengebühren, Leistungsdruck und Verwertungslogik auf die Straße. Sehr schnell aber war der große Protest verpufft und über die Semesterferien wieder verschwunden. Jeder Protest braucht einen langen Atem und da das nächste Semester vor der Tür steht, ist es höchste Zeit für eine Nachbereitung und zu schauen, wie studentischer Protest Kontinuität bekommen kann (S. 3-4).

Wer demonstriert erfährt oft schnell, was Repression bedeutet. Nicht jeder ist Protesten wohlgesonnen. Vor allem nicht die Polizei, wenn nicht alle tun, was sie sagt - den Verlust von Kontrolle fürchtete sie wohl auch nach einer sehr dynamischen Spontandemo für das Autonomicum vor ca. anderthalb Jahren. Da Spontandemos aber völlig legal und wie jede Demo durch das Versammlungsrecht geschützt sind, musste sie eben andere Wege finden, um sich dafür rächen zu können, Studierenden auf von ihnen spontan selbst gewählten Routen in klobigen Turtle-Uniformen hinter her laufen zu müssen. Ein Demo-Teilnehmer wurde nachträglich angeklagt und vor kurzem unter zweifelhafter Beweislage hart verurteilt. Auch wenn solche Kriminalisierungsversuche Einzelne treffen, sind sie immer auch Angriffe auf die Proteste insgesamt. Mehr dazu lest ihr auf den Seiten 8-9.

Zu guter letzt wollen wir unsere Reihe „Gratisökonomie in Göttingen“ fortsetzen und euch dieses mal den Umsonstladen im Ju-Zi vorstellen, in dem jede*R etwas bekommen kann, egal wie sehr das Portemonnaie schon gelöchert ist. (S. 10-11).

Einen guten Start in das nächste Streiksemester wünscht euch,

euer Basisdemokratisches Bündnis

In dieser Ausgabe:



**Bildungstreik -
Nachbetrachtung (S.3-4)**



**Lohndumping und
Stellenabbau an der Uni
Göttingen (S.5)**



**Proteste von
Beschäftigten
am Uni-Klinikum (S.6-7)**



**Proteste gegen
Arbeitsbedingungen auf
dem Campus (S.7)**



**Bildungsstreik und
Arbeitskampf
zusammendenken (S.6-7)**



**Urteil im
"Autonomicum-Prozess"
(S.8-9)**



**Umsonstladen im JuZi
(S.10-11)**



**Basisgruppen & Termine
(S.12)**

Wo sind die 10.000, wenn ... Betrachtungen zum Bildungsstreik

Im Juni 2009 fanden in zahlreichen Städten Protestaktionen im Rahmen des „Bundesweiten Bildungsstreiks 2009“ statt. Auch in Göttingen ist im letzten Sommersemester einiges in Bewegung gekommen. Was ist gelaufen, wie ist dies zu bewerten und vor allem: Wie geht's weiter und wo wollen wir hin? Das sind die Fragen, die es jetzt gemeinsam zu stellen, beantworten und zu erkämpfen gilt.



Mit ca. 10.000 füllte die Bildungsstreik-Demo 2009 die komplette Göttinger Innenstadt

Schien es noch bis zu Beginn des Jahres so, als würden die Studierenden und Schüler*innen sich in die Reformen und Rahmenvorgaben der Bildungspolitik problemlos einfügen, so haben wir mit den zahlreichen Vollversammlungen und Protestaktionen in den Fächern und auf Uni-Ebene nun die Erfahrung gemacht, dass eine Kollektivierung unserer Probleme und unserer Forderungen uns nicht nur ermutigt und ermuntert, sondern dass sie die einzige Möglichkeit darstellt, tatsächliche Veränderungen in unserem (Studien)-Alltag hin zu einem selbstbestimmten Leben und Lernen herbeizuführen.

Schon im Januar 2009 haben u.a. verschiedene Basisgruppen und spontan entstandene Studierenden-Gruppen verschiedener Fächer angefangen, Konzepte für eine solche Kollektivierung der Studierenden zu entwickeln, deren Umsetzung schließlich in mehreren, aufeinander folgenden Vollversammlungen versucht wurde. Zunächst haben die Studierenden auf den VVs ab dem Mai 2009 angefangen, ihre Probleme zu benennen und auszutauschen und plötzlich haben wir gemerkt, wir sind nicht dazu verdammt, unseren Frust und auch unsere Vorstellungen im stillen Kämmerchen runterzuschlucken.

10.000 Studierende & Schüler*innen waren in Göttingen am 17.06. auf den Straßen. Eine Woche lang fanden Workshops, kreative Aktionen, Demonstrationen, Blockaden statt.

Wir stehen mit unseren Problemen und unserer Kritik nicht alleine!

Auf vielen VVs wurden Arbeitsgruppen gebildet, es wurde versucht, die Probleme zu konkretisieren, Ursachen und Auswirkungen zu bestimmen. Zu erkennen, dass es nötig ist, die Probleme zu politisieren, in einen übergreifenden Zusammen-

hang zu setzen und unsere Forderungen an die Öffentlichkeit zu tragen.

In den Workshops und Aktionen um die Aktionswoche im Juni haben wir uns inhaltlich und praktisch direkt mit unseren Problemen befasst und uns nicht von vorherein mit bestehenden Zuständen abgefunden. Adressaten für einzelne Punkte wurden ausgemacht und kollektive Lösungsansätze gesucht. Die basisdemokratischen Strukturen der Vollversammlungen waren das entscheidende Moment für die Einbringung der subjektiven Orientierung in einen kollektiven Zusammenhang.

Doch wo sind die 10.000, heute? Wo sind die 10.000 wenn wir vereinzelt in den Seminaren sitzen und uns bis spät in die Nacht den Lernstoff reinprügeln? Oder wenn wir Angst vor der nächsten Prüfung haben? Wenn unnütze, bürokratische Prüfungsvorschriften unser Studium in Gefahr bringen?

Wir müssen uns überlegen: welche Instrumente, Interventionsmittel und Aktionsformen standen uns zur Verfügung und wie haben wir sie genutzt?

Leider stand der Eventcharakter der Aktionswoche zu stark im Vordergrund. Es ist weder gelungen, eine tragfähige, starke Bewegung in Gang zu setzen, noch überhaupt politische Perspektiven und Kritik zu formulieren oder einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang über elitäre Studierenden-Interessen hinaus herzustellen.

Vollversammlungen, zu Anfang noch stark genutzt, wurden spätestens als es auf die Ferien zu ging zu zehn-bis-zwanzig-Menschen-Versammlungen. Arbeitsgruppen, die gebildet worden waren, schiefen ein, waren unschlüssig und kontinuierliches Arbeit war hier in

vielen Fällen nicht möglich. Strukturen, Arbeitsgruppen und Diskussionsforen, die in der Bildungsstreikwoche geschaffen worden waren, sind bereits kurz danach schon wieder verschwunden.

Wenn wir uns in einer Vollversammlung mit anderen Menschen treffen und austauschen, so dient das nicht nur zur Bepassung, sondern ist mit konkreten Erwartungen, Zielen usw. verknüpft. Einfach nur der Herde hinterherlaufen ist nicht nur dumm, sondern im Zweifel auch (Selbst-)Mord.

Politischer Protest kann nicht heißen, einmal auf die Straße zu gehen und sich dann wieder hinter das Lernen für die nächste Klausur zu klemmen, in der Hoffnung, die Herrschenden hätten das Signal jetzt schon gerafft. Die Probleme, mit denen wir hier zu kämpfen haben, sind strukturell gewollt und gegen uns gerichtet und keine "Umsetzungsprobleme" einer an sich guten Idee.

Deswegen muß politische Arbeit und Partizipation zur Normalität werden: Vollversammlungen dürfen keine Ausnahmen bleiben. Wir müssen sie als Instrumente wahrnehmen, uns kollektiv über unsere Bedürfnisse auszutauschen, politische Kampagnen aufzubauen, die ihre Kraft aus unserer Masse schöpfen und in der Lage sind, Druck von unten aufzubauen und direkt in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, Veränderungen zu bewirken!

Wir müssen diesen Autoritätsglauben an Institutionen und Vertreter*innen abstreifen und anfangen, unser Leben, angefangen bei den Studienbedingungen, selbst(-organisiert) zu gestalten.

Wie kann es weitergehen?

Wir brauchen Lösungen fernab von dieser unmenschlichen Verwertungslogik, die tagtäglich Menschen in Gewinner*innen und Verlierer*innen einteilt und uns zwingt, unser Leben an den Maßstäben wirtschaftlicher Produktivität und nationaler Stabilität auszurichten! Wir müssen Lösungen finden, bevor wir abstumpfen, unsere Freundschaften verlorengehen, unser Körper nicht mehr mitspielt, wir mit unserem "burnout" aussortiert werden und uns alleingelassen und hilflos wiederfinden.

tem, das Zwang und Angst als einziges Motivationsmittel gegen uns einsetzt, täglich belästigt und traktiert.

Die Veranstaltung von Vollversammlungen an den Seminaren war ein erster Schritt, um eine Struktur zur Verfügung zu stellen, die es erlaubt, gemeinsam und auf Grundlage gemeinsamer Überlegungen politisch zu handeln.

Veränderungen in den Studienordnungen, Verbesserungen, was Workload, Creditpunktzahl oder Wahlmöglichkeiten angeht wurden erreicht, Dozierende hörten in Institutsversammlungen und öffentlichen Diskussionen unseren Forderungen zu und waren gezwungen, sich zu positionieren. Dies geschah alles noch ungeordnet und teilweise chaotisch.

Was kann ich persönlich tun?

Beteilige Dich an den Diskussionen in Kleingruppen, an den Demonstrationen, Aktionen und Vollversammlungen! Bringe Deine Ideen und Vorschläge ein. Motiviere Deine Kommiliton*innen und diskutiere mit ihnen; verteile Flugblätter und klebe Plakate.

Erinnern wir uns: Wir sind nicht allein, unsere Kommiliton*innen haben die gleichen Probleme wie wir, sie befinden sich in der gleichen Lage und leiden unter den gleichen Studienbedingungen. Es ist wichtig, daß ihr euch gemeinsam zusammenschließt und über eure Probleme, Ängste und die Situation am Seminar redet und gemeinsam Lösungsansätze entwickelt.

Wir müssen aufhören, uns gegenseitig Probleme zu machen, und anfangen, gemeinsam Lösungen zu finden. Das ist aber nur möglich, wenn wir mit dem System, das uns vorgesetzt wird, brechen: Nicht mehr gegeneinander Klausuren schreiben und gegen einzelne "Betrüger*innen", die abschreiben, hetzen, sondern allesamt zusammenarbeiten. Die Anwesenheitsliste einfach mal verschwinden lassen, Fakten schaffen ...

Unser Leben in die eigenen Hände zu nehmen ist nicht einfach. Es bedeutet eine ganze Menge Arbeit, Vertrauen und Verbindlichkeit, die wir in unsere eigenen Kräfte, unsere gemeinsame Organisation und unsere Beziehungen zueinander

stecken müssen. Aber es lohnt sich, denn es bedeutet: nicht Opfer anonymer Entscheidungen zu sein, die über uns hinweg gefällt werden, nicht mehr fremden Zielen hinterher zu laufen, die ebenso anonym und scheinbar objektiv uns vorgegeben werden.



Protest braucht langen Atem. Organisiert euch in Basisgruppen!

Wir müssen uns fragen, wie wir ein solidarisches und unterstützendes Klima an der Uni herstellen können, die an uns angelegten Maßstäbe (Durchschnittsnoten, Anwesenheitspflichten usw.) boykottieren und überwinden können. Auch wenn wir nicht zu den Unglücklichen gehören, die scheitern, werden wir durch ein Sys-

Für selbstbestimmtes Leben & Lernen! für eine starke basisdemokratische Linke! Organisiert euch in Basisgruppen!

bg_fusion@gmx.de

Ausgründung und Stellenabbau

Der alltägliche Zynismus einer Bildungsfabrik

Neben Halterin von ungefähr 24.000 Studienplätzen, deren Inhaber_Innen gelegentlich nur den eigenen sozialen Abstieg im Blick haben, wenn es darum geht, Zumutungen und Kürzungen zu bekämpfen, ist die Universität Göttingen einer der größten Arbeitgeberinnen der Region Südniedersachsen.

Für viele lohnabhängig Beschäftigte der Universität Göttingen ist das kein Grund zur Freude. Vor einigen Jahren - in etwa, als das Hauen und Stechen um die Exzellenztöpfe in Gang gesetzt wurde - änderte sich die Sprache der Universitätsleitung. Man müsse die Universität aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive betrachten. Die Kosten müssten so niedrig, wie in einem Universitätsbetrieb nur irgendwie geht, gehalten werden. Die Universität bräuchte ein entscheidungsfähiges Gremium usw. Der Präsident und der Stiftungsrat - dessen Kompetenzen im Rahmen des Neuen Hochschulgesetzes noch weiter ausgeweitet werden sollen - sollten diese Aufgabe schließlich übernehmen.

Der auslösende Faktor für diese Veränderung der Sprache und der Praxis ist wohl die generelle Privatisierung des Bildungswesens. Die Universitäten sahen und sehen sich mit einer immerwährenden Verknappung der Mittel konfrontiert, die sie von irgendwoher nehmen müssen. Studiengebühren, Kostensenkung und Exzellenzinitiative sind dabei drei der entscheidenden Möglichkeiten, die der Universität im Rahmen der kapitalistischen Logik bleiben. Diese Maßnahmen wurden bereits mehr oder weniger auf Kosten der Studierenden und einzelner Fächer (sogenannte „Orchideenfächer“ wurden in den Jahren nach der Jahrtausendwende angegangen und weitestgehend geschröpft) umgesetzt.

Es geht aber auch den - von den Studierenden und den übrigen eher privilegierteren Statusgruppen meistens nicht beachteten - Beschäftigten im Niedriglohnsektor an die Gurgel. Zunächst wurden Hausmeisterstellen gekürzt, ausgelagert und deren Löhne im Zuge dessen drastisch verringert. Im nächsten Schritt sollen nun die Reinigungskräfte den gleichen Prozess durchlaufen und auch im Klinikum soll den Beschäftigten der Gastronomie und des Hauswirtschaftlichen Dienstes Ähnliches zuteil werden (siehe „Protestaktion..“ auf S. 6-7). Beispiele, an denen sich zeigen lässt, wie sehr die Löcher in den Landeshäushältern auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden.

Schauen wir uns die sich verändernden Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte an der Universität Göttingen einmal genauer an. Dort entdecken wir ein nahezu klassisches Instrument der Arbeitgeber_Innen, um die Kosten an jenen Stellen zu senken, die ohnehin schon am wenigsten bekommen und in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden. In einem Leserinnenbrief im Göttinger Tageblatt heißt es, der Reinigungsdienst könne deshalb so angegangen werden, weil „Arbeitnehmer mit einfachen Tätigkeiten wie Reinigungsarbeiten in der Regel keine Lobby hinter sich wissen. Nun soll der Reinigungsdienst erneut zur finanziellen Erholung der 'Elite-Universität Göttingen' beitragen.“

Die materiellen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gehen einher mit einer ideologischen Offensive von Seiten der Universitätsleitung. In einem Artikel im Göttinger Tage-



blatt vom 23. Mai 2008 wird der Vize-Präsident Markus Hoppe zitiert mit der Aussage, die „Universität“ habe „eine große Achillesverse“. Gemeint ist damit, dass der Reinigungsbereich zu hohe Kosten verursache und man nun, mit dem Rechnungshof im Rücken, dort aufräumen werde. Wie das in der Praxis aussieht, soll im Folgenden nachgezeichnet werden.

Zunächst wurde die Arbeitszeit intensiviert, indem den Reinigungskräften zusätzliche Bereiche zugeordnet wurden. Aufgrund der Intensivierung sah sich die Universität nun in der Lage zu argumentieren, dass es zu viele Stellen gebe, weswegen keine Neueinstellungen mehr folgten. Die Zahl der beschäftigten Reinigungskräfte ist daraufhin von 300 auf weniger als 200 gesunken. Laut einer Beschäftigten sei es kaum noch möglich, die gestellten Aufgaben zu bewältigen. Im Juni letzten Jahres wurden dann auch die Reinigungsraten herunter gesetzt: Es wird weniger häufig geputzt. Anstatt dass nun die Reinigungskräfte eine Entlastung erfahren haben, wurden den Angestellten zusätzliche Arbeitsbereiche zugeteilt.

Zwar werden die Reinigungskräfte nach wie vor nach Tariflohn bezahlt (was aber dennoch bedeutet, dass sie die niedrigste Lohngruppe an der Universität Göttingen darstellen), doch nach der Ausgründung droht ihnen das gleiche Schicksal wie den Reinigungskräften an der Nord-Uni. Dort werden bereits private Reinigungsfirmen eingesetzt, die deutlich unter Tarif bezahlen. Damit werden erkämpfte Tarifverträge von der Universitätsleitung defacto unterlaufen.

Das eingesparte Geld soll vorgeblich der Forschung und Lehre zugute kommen, was im Klartext eine wiederholte Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben bedeutet. Aber auch hierüber gibt es auf Seiten von Forschung und Lehre keinen Grund zu zynischer Freude über zusätzliche Mittel, die den anderen abgeknöpft werden: Umverteilt wird hier schließlich, wer die Einsparung bezahlt, nicht wer demnächst mehr Geld zur Verfügung hat.



Protestaktion anlässlich des Stiftungsausschuss des Uniklinikums



Beschäftigte besuchen Stiftungsausschuss des Klinikums

*Der Vorstand des Uni-Klinikums Göttingen plant die Ausgründung der Gastronomie und des Hilfswirtschaftlichen Dienstes - natürlich um „Lohnkosten einzusparen“. Gegen diese Pläne regt sich schon länger Widerstand unter den Beschäftigten, für die diese Ausgründung Lohnsenkung und weitere Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse bedeutet. Über erste Protestaktionen und einen Warnstreik haben wir bereits berichtet¹, jetzt besuchten die Aktivist*innen den Stiftungsausschuss der Uni-Klinik, um ihren Forderungen direkt bei den Verantwortlichen Gehör zu verschaffen. Es folgt ein Bericht der Anwesenden.*

Am 24. August 2009 traf sich in Göttingen der Stiftungsausschuss der Uniklinik und beriet unter anderem über Ausgründung der Zentralküche und anderer Gastronomie-Bereiche sowie des Hauswirtschaftlichen Dienstes. Aus diesem Anlass versammelten wir uns, 30 Kolleginnen und Kollegen aus den von den Ausgründungsplänen betroffenen und bedrohten Bereichen, mit Transparenten und Trillerpfeifen zu einer Kundgebung vor dem Eingang des Gebäudemanagements. Unterstützung erhielten wir dabei auch von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Klinikbereichen.

Trotz Verschiebung der Sitzung um eine Stunde harrten wir in der brütend heißen Sonne aus, um auf die Mitglieder des Stiftungsausschusses zu warten. Denn schließlich erwarteten wir Antworten auf unsere Fragen: Werden wir ausgegründet? Wenn ja, wann wird das entschieden? Was wird mit uns passieren? Wie geht es mit unserer Zukunft weiter?

Nach und nach trafen die Mitglieder des Stiftungsausschusses ein. Einige stellten sich unseren Fragen, andere nicht. Dr. Lange, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kultur und Mitglied des Stiftungsausschusses der Uniklinik für das Land Niedersachsen, wurde von uns besonders erwartet. Denn wir wollten ihn noch einmal an sein Versprechen erinnern, das er uns bei der Petitionsübergabe in Hannover im Juni gegeben hatte. Dr. Lange sicherte uns zu, dass er uns nicht vergessen habe und dem Stiftungsaus-

¹) Siehe „Zoff im Klinikum“, <http://www.bb-goettingen.de/1391>, „wir sind bereit...“, <http://www.bb-goettingen.de/1407>, sowie „Klinikumsvorstand will...“, <http://www.bb-goettingen.de/1447>

Vom Bildungs- zum Streik

Nicht nur Studierende, auch Angestellte in Forschung und Lehre (insbesondere der Mittelbau), aber vor allem die niedrigen Lohngruppen sollen die Einsparungen an den Unis tragen - damit der Laden überhaupt noch weiter laufen kann, ohne dass sofort auffällt, dass Lehr- und Forschungsbetrieb ohne angemessene Finanzierung überhaupt nicht funktionieren können. „Effizienzsteigerung“, „Optimierung“, „die Uni als Unternehmen begreifen“ sind die Übersetzungen von Lohndrückerei, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Stellenabbau im Neusprech der Kürzungsverwalter*Innen.

Von Seiten der Studierenden und Schüler*Innen geht schon länger Widerstand gegen Kürzungen und den zunehmenden Zumutungen im Bildungssektor aus - diesen Sommer im bundesweiten Bildungsstreik 2009, der es in Göttingen auf seinem Höhepunkt schaffte, rund 10.000 Menschen zu mobilisieren, die auf der Großdemo die Straßen der Göttinger Innenstadt füllten. Der Bildungsstreik soll weiter gehen und wird es auch.

Der Name „Bildungsstreik“ deutet aber bereits ein Dilemma der Studierenden an: Denn gestreikt wurde nicht wirklich. „Streik“ steht eher für eine Analogie -

denn von Lehrveranstaltungen fernbleibende Studierende schaden der Uni nicht wie etwa Beschäftigte, die die Produktion in einer Fabrik lahmlegen. Ein solches Druckmittel haben sie gar nicht. Mehr als ein symbolischer Appell an Politik und Uni-Leitung scheint da also gar nicht möglich zu sein.

Sehr wohl im Besitz dieses Druckmittels sind allerdings Arbeiter*Innen und Angestellte im Uni-Betrieb. Und von denen haben auch einige gestreikt: Nämlich Beschäftigte in Gastronomie und Hauswirtschaftlichen Dienst im Klinikum, und zwar gegen Lohndrückerei und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse - alles Resultate aus derselben Quelle, wie die Verschlechterungen der Studienbedingungen: Die systematischen Kürzungen der Uni-Haushalte und der allgemeine Kürzungszwang im Bildungseinrichtungen.

In Deutschland ist es - im Gegensatz z.B. zu Frankreich - allerdings trotz überschneidender Ziele recht unüblich, dass Studierende und Lohnabhängige gemeinsam auf die Straße gehen. Beim Bildungsstreik in Göttingen allerdings gab es erste Versuche der



Initiative für bessere Arbeitsbedingungen auf dem Campus gegründet

In Göttingen hat sich eine neue Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf dem Campus gebildet. Aktueller Anlass ist die Eröffnung einer Filiale der "Akademischen Buchhandlung Calvör" im Zentralen Hörsaalgebäude. Auf der Homepage der Initiative finden sich über Calvör die folgenden Informationen: Leider sei Calvör die Göttinger Buchhandlung, die sich durch die stadtbekannt schlechtesten Arbeitsbedingungen auszeichnet: Miese Löhne weit unter Tarif, Behinderung der Betriebsratsarbeit, der respektlose Umgang des Eigentümers mit seinen Be-

schäftigten, sowie willkürliche Ungleichbehandlung z.B. bei Urlaubsfragen kennzeichnen den Alltag.

Die Etablierung solcher Praktiken auf dem Campus will die Initiative nicht hinnehmen. Ihr Programm ist daher klar: Löhne rauf und bessere Arbeitsbedingungen oder Kohl möge sein neues Geschäft gleich wieder schließen.

Weitere Infos unter:

<http://dichtmachen.wordpress.com>

schuss unsere Ängste und Nöte mitteilen würde. Er betonte jedoch auch, dass er nur über eine Stimme im Stiftungsausschuss verfüge. Auch Prof. von Figura entzog sich unseren Fragen nicht. Dennoch erhielten wir keine genauen Antworten. Alle anderen Mitglieder des Stiftungsausschusses gingen kommentarlos an uns vorbei.

Klinikvorstand Barbara Schulte ließ sich zwar auf kein Gespräch mit uns ein, gewährte dem Reporter vom Stadtradio jedoch ein Interview. Das Stadtradio brachte das Interview in einem Beitrag Dienstagmorgen und auch in den Lokalnachrichten. Auf der Webseite des Stadtradios ist dazu folgendes zu lesen:

„[...] Der Klinikvorstand Barbara Schulte sagte, es solle heute [im Rahmen der Stiftungsausschusssitzung] geprüft werden,

wie eine für beide Parteien zufrieden stellende Lösung gefunden werden könne. Es sei angedacht, die Mitarbeiter weiterhin bei der Klinik zu beschäftigen, allerdings auf niedrigerem Lohnniveau. Privilegien, wie die Urlaubsansprüche, Zulagen oder zusätzliche Rentenansprüche blieben dann erhalten. Eine Lösung soll laut Schulte in den nächsten drei Monaten gefunden werden.“

Obwohl wir zwar keine Antworten auf unsere Fragen erhielten, war unsere Aktion dennoch eine wichtige. Denn wir waren öffentlich präsent und wurden von allen Mitgliedern des Stiftungsausschusses wahrgenommen. Und wir werden uns auch weiterhin nicht davon abhalten lassen, uns gegen die Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen zu wehren.

www.respekt-im-uniklinikum.de

Kommentar

Zusammenarbeit: Beschäftigte vom Klinikum besuchten den Bildungstreik. Sie erklärten auf der Demo in einem Redebeitrag und auf Vollversammlungen ihre Solidarität mit den Zielen der Schüler*innen und Studierenden. Studierende wiederum, wenn auch noch sehr wenige, vorwiegend aus Basisgruppenzusammenhängen, unterstützten Streikaktionen und einen Demozug vom Klinikum zum Präsidium.

Erste Schritte für einen gemeinsamen Kampf verschiedener Statusgruppen um bessere Lebensbedingungen hat es also gegeben - und ohne diese wäre wohl ein solcher Mobilisierungserfolg kaum möglich gewesen. Man stelle sich nun aber vor, was alles passieren könnte, wenn wir über Solidaritätsbekundungen hinaus kämen: Was würden wohl die Vorstände und Uni-Leitung sagen, stünden nicht nur 100 Beschäftigten mit einer kleinen Demo, sondern mit ihnen Seite an Seite tausende Studierende vor dem Klinikum und würden angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen fordern? Wie müsste wohl Herr Uni-Präsident von Figura und die Landesregierung reagieren, würden die Studierenden nicht nur kreative Protestaktionen, sondern einen echten Streik - zusammen mit Beschäftigten und Angestellten verschie-

dener Bereiche der Universität - auf die Beine stellen und die Uni solange lahm legen, bis endlich Forschung, Lehre, und diejenigen, die diese täglich an der Uni möglich machen, anständig bezahlt und behandelt würden?

Schwer zu sagen, denn das hat es hier noch nie gegeben. Das wäre also mal was ganz Neues - wahrhaft „kreativ“. Ein Grund mehr, sich für die nächste Bildungstreikrunde Gedanken zu machen, wie verschiedene Statusgruppen zusammengebracht werden können. Wenn wir - die Studierenden - wirklich etwas erreichen wollen, dann können wir uns nicht damit abfinden, dass auf Kosten der Beschäftigten ganz vielleicht ein bisschen weniger an der Lehre herumgekürzt wird. Und wir können allein auch nicht viel mit unseren beschränkten Mitteln erreichen. Die Kürzungen treffen viele Statusgruppen, also sollten wir auch alle gemeinsam darauf antworten. So abgedroschen es klingen mag: Gemeinsam sind wir stark, allein, machen sie uns ein. Lasst den Bildungstreik zum Streik werden.

patrick@bb-goettingen.de



Die Auseinandersetzung ums Autonomicum und die Rache der Behörden

Keine Beweise, nachweisbare Falschaussagen, entlastendes Material wird von der Polizei einfach gelöscht - trotzdem wird ein Göttinger Aktivist zu 120 Tagessätzen verurteilt und gilt damit als vorbestraft. Wie konnte es dazu kommen? Wie geht es weiter? Was können wir tun?



Amtsgericht Göttingen fällt politisches Urteil im "Autonomicum-Prozess"

Die Vorgeschichte: Erkämpfung des Autonomicums

Während des Bildungsstreiks wurde das Autonomicum intensiv genutzt. Als Ort um sich zu treffen, zu diskutieren, um Material zu lagern oder sich einfach nur auszutauschen. Auch in anderen Kontexten finden hier viele Treffen statt, z.B. aktuell um den Widerstand gegen die Abschiebung der Roma zu koordinieren. Das Autonomicum ist nicht von allein entstanden. Vorausgegangen war diesem eine lange Auseinandersetzung, die schließlich in einer Besetzung gipfelte. Am Morgen des 29.01.2008 räumte die Polizei, auf Anweisung des Präsidiums und mit Zustimmung des ADF-AStAs, den besetzten Raum MZG 1140 an der Uni. Am Abend desselben Tages fand eine entschlossene Spontandemonstration mit über 300 Personen statt. Diese musste gegen die z.T. massive Gewalt der Polizei durchgesetzt werden, die immer wieder die Versammlungsteilnehmer_innen attackierte. Der Protest war ein kraftvolles Signal an das Präsidium, das bereits am nächsten Tag neue Verhandlungen über ein selbstverwaltetes Café anbot. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist das Autonomicum. Es folgte ein juristisches Nachspiel. Nicht für die Polizei, die mehrere Demonstrant_innen durch Tritte und Schläge verletzt hatte, sondern für einen Teilnehmer der Demo. Er wurde aufgrund eines angeblichen Angriffs auf einen Polizeibeamten wegen Landfriedensbruchs angeklagt.

Der Prozess: keine Beweise und viele verschwundene Videos

Angesichts des Prozessverlaufs erscheint das Ergebnis zunächst absurd. Lediglich ein Polizist belastete den Angeklagten direkt, behauptete, ihn in der fraglichen Situation erkannt zu haben und von ihm angegriffen worden zu sein. Die übrigen fünfzehn Beamt_innen, die im Prozessverlauf auftraten, beschrieben nur die Gesamtsituation. Dabei hatten sie sich allerdings mehr als offensichtlich abgespro-

chen, ihre Darstellungen glichen sich teilweise sogar in der Wortwahl. Eine Beamtin gab zu, vor ihrer Aussage mit allen beteiligten Beamt_innen noch einmal gesprochen zu haben. Kein leichtes Unterfangen, sind diese doch inzwischen über Dienststellen in ganz Niedersachsen verstreut. Trotz dieser intensiven Vorbereitung konnte keine_r von ihnen die Aussage des Hauptzeugen stützen. Obwohl mehr als motiviert, war die Staatsanwaltschaft während des gesamten Prozesses nicht in der Lage, irgendwelche Belege für dessen Behauptungen vorzubringen. Dafür hatte man sich aber sehr darum bemüht, sämtliche Gegenbeweise verschwinden zu lassen. Gleich mehrere Polizeivideos wurden von den Einsatzkräften mutwillig gelöscht und ihre zeitweilige Existenz in den vorgelegten Akten nicht einmal erwähnt. Erst durch die eingehende Befragung der Polizeizeug_innen wurde deutlich, in welchem Umfang hier wichtige Daten vernichtet wurden. Auch Aufnahmen, auf denen die fragliche Situation nach Aussage einer Polizistin eindeutig enthalten gewesen sein muss, wurden von den zuständigen Beamt_innen in weiser Voraussicht ohne Aktenvermerk gelöscht.

Trotz dieser Gründlichkeit konnte die Aussage des Belastungszeugen in wesentlichen Punkten erschüttert werden. Sowohl andere Zeug_innen als auch die verbliebenen Videos belegten eindeutig, dass der Hauptzeuge nachweislich falsche Angaben zur Kleidung des Angeklagten gemacht hatte. Dem Richter genügte die also in Teilen nachweisbar falsche und durch keine Belege gestützte Aussage des einzigen Belastungszeugen dennoch. Nach anderthalb Jahren könne man sich ja auch nicht mehr an alles erinnern, begründete der Richter seine Entscheidung, den Angeklagten nicht - wie unter diesen Umständen eigentlich zu erwarten wäre - freizusprechen, sondern ihn stattdessen zu einer hohen Geldstrafe (120 Tagessätze) zu verurteilen. Angesichts dieses unbedingten Verurteilungswillens spielte es offensichtlich auch keine Rolle, dass der Belastungszeuge den Angeklagten nicht erst im Prozess, sondern bereits unmittelbar nach der Demo falsch beschrieben hatte.



Prozess in Hamburg: „Chaos-Randale am Flughafen“

... betitelte die *Bildzeitung* ihren Artikel über die Abschlussdemo des letztjährigen Antira-Camps in Hamburg und war damit mal wieder so weit von der Realität entfernt wie nah am Polizeibericht. Da von Randale keine Spur war, muss den zahlreich anwesenden Bullen wohl reichlich langweilig geworden sein. Ein Mitglied der Einsatzleitung entschloss sich jedenfalls, eine Person aufgrund eines am „Befehlskraftwagen“ angebrachten Aufklebers wegen Sachbeschädigung (!) festzunehmen. Weil der Festnahmeversuch für den Polizisten dort endete, wo sonst in der Regel nur Demonstrant_innen landen, nämlich auf dem Boden, hat das Ganze nun ein juristisches Nachspiel. Über die durchaus spannenden Fragen, was der Polizist in der Demo überhaupt zu suchen hatte und wie er darüber hinaus noch auf die Idee kommen konnte, jemanden wegen eines Aufklebers tätlich anzugreifen, wird leider wohl nicht verhandelt werden. Stattdessen sind fünf Antirassisten - darunter drei Göttinger Aktivisten - wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstand angeklagt, da sie den Beamten gemeinschaftlich verprügelt haben sollen. Die Verhandlung verspricht auch deshalb interessant zu werden, weil einer der

Hauptbelastungszeugen, der Leiter der Hamburger Bereitschaftspolizei, Hartmut Dudde, Prügeln sonst keineswegs ablehnend gegenüber steht. Im Gegenteil:

„Heute fangen wir mal an. Haut mal schön rein“, soll Dudde seine Untergebenen der *taz* zufolge beim Schanzenfest im Juli 2009 aufgefordert haben. Dementsprechend ist er in Hamburg kein Unbekannter und selbst die *taz* kommt zu der Einschätzung: „Polizeiführer wie [...] Hartmut Dudde sind Überzeugungstäter. Sie wissen genau, was sie nicht dürfen - und sie tun es dennoch.“

Mit solch unsympathischen Gestalten wollen die Angeklagten nicht alleine gelassen werden, sondern freuen sich stattdessen auf viele Freund_innen und Genoss_innen, die sie auch vor Gericht unterstützen. Deshalb: **Kommt zum Prozess! Als Prozesstermine sind angesetzt: Di., 20. Oktober 2009; Di., 27. Oktober; Di., 3. November und Di. 10. November, jeweils um 9:15 Uhr in Raum 267, Sievekingplatz 3, Strafjustizgebäude, 20355 Hamburg.**

bg-geschichte@gmx.net

Ein politisches Urteil in einem politischen Prozess: Solidarität ist notwendig

Der Prozess stellte selbst nach Kriterien bürgerlichen Rechts eine Farce dar. Von einem unzweifelhaften Nachweis, dass der Angeklagte die ihm zu Last gelegte Tat begangen hat, kann hier nicht ansatzweise die Rede sein. Das ganze Verfahren war geradezu ein Musterbeispiel eines politischen Prozesses. Nach einer sehr erfolgreichen Demo, die der lokalen Linken erheblichen Auftrieb gab, waren Polizei und Justiz offenbar mehr als motiviert, der widerständigen Bewegung schnellstmöglich wieder die Flügel zu stutzen. In enger Zusammenarbeit von Staatsschutz und Bereitschaftspolizei wurde daher das Verfahren gegen den Angeklagten eingeleitet, der der politischen Polizei bereits seit Jahren als Aktivist bekannt, sowie dem Hauptbelastungszeugen schon zu Beginn der Demo auf die Nerven gegangen war, weil er sich gegen die Übergriffe der Einsatzkräfte lautstark zur Wehr setzte. Der Richter und die Staatsanwaltschaft erfüllten die ihnen zugedachte Funktion vorbildlich und lieferten ein Lehrstück in Gewaltenteilung, indem sie die polizeilichen Behauptungen umstandslos übernahmen. Unmissverständlich machten sie wieder einmal klar: Für die Verurteilung linker Aktivist_innen reicht die Aussage eines Polizisten und sei sie noch so widersprüchlich oder angreifbar.

Wirklich überraschen kann das Urteil daher nicht, es gliedert sich ein in eine lange Reihe ähnlicher Entscheidungen gegen Aktivist_innen linker und sozialer Bewegungen. Hier geht es nicht um die Findung einer irgendwie gearteten „Gerechtigkeit“, sondern um die Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und die Einschüchterung von Bewegungen, die diese nicht unwidersprochen hinnehmen. In dieser inhaltlichen Zielsetzung stimmen solche Urteile also mit der Gesetzgebung durchaus überein und sind letztlich ihre logische Erweiterung. Formal-rechtlich besteht hier dennoch ein eklatanter Widerspruch, da in diesem Fall gesetzlich eben der Nachweis der individuellen „Schuld“ vorgesehen

ist. Der verurteilte Aktivist hat deshalb Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt. Jegliche Hoffnungen, dass höhere Instanzen emanzipatorischen Anliegen gegenüber aufgeschlossener sind, müssen aber leider als völlig unbegründet zurückgewiesen werden. Wir selbst müssen dafür sorgen, dass das Urteil diesmal in unserem Sinne ausfällt. Im Januar 2008 haben wir zusammen genug Druck aufgebaut, um die Einrichtung des Autonomicums zu erkämpfen. Wir müssen jetzt zusammen diesen Druck wiederherstellen, um eine erneute Verurteilung zu verhindern. Die Demo für das Autonomicum ist vielen von uns in guter Erinnerung, weil sie ein kurzer Ausbruch aus der alltäglichen Ohnmacht war; ein winziger Moment, in dem nicht Polizei und Gesetze darüber entschieden haben, wie wir handeln, sondern wir selbst. Die örtlichen Behörden haben die kurzzeitig aufkommende Euphorie sehr genau registriert und mit dem Gegenangriff nicht lange gewartet. Sie haben in der bekannten Weise versucht uns einzuschüchtern, einzelne zu isolieren und auszuschalten sowie uns in „friedliche“ und „gewaltbereite“ Demonstrant_innen zu spalten. Die nächste Spontandemo wurde mit massiver Repression, Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray überzogen, fast alle Teilnehmer_innen erkenntungsdienstlich behandelt und wegen Landfriedensbruchs angezeigt.

Nur wenn wir kollektiv und solidarisch agieren, können wir verhindern, dass diese Strategie Erfolg hat. Beim ersten Prozess waren bereits viele von uns anwesend und haben sich mit dem Angeklagten solidarisiert. Für das kommende Verfahren (und andere ebenfalls noch anstehende Prozesse) muss diese Unterstützung noch ausgeweitet und in ihren Formen vielfältiger werden. Wir lassen unsere Genoss_innen nicht im Stich! Solidarität ist eine Waffe!

bg-geschichte@gmx.net



Lollis für alle! - Umsonstladen in Göttingen

Gratisökonomie in Göttingen, Teil II



Umsonstladen im Juzi: Alles für alle - und zwar umsonst!

Ohne Geld geht nichts. Das ist wohl eine der bedeutendsten Wahrheiten, die ein Kind in unserer Gesellschaft beigebracht bekommt, wenn es sich im Supermarkt nach dem leckeren Lolli ausstreckt und von seinen Eltern mit Hinweis auf das leere Portemonnaie zurück gepiffen wird.

Ohne Geld geht nichts. Das ist es auch, was Studierende lernen sollen, wenn sie zum Semesterbeginn ihre letzten Euros zusammenkratzen müssen, um auch im nächsten Semester studieren zu dürfen. Das fehlende Geld in den Kassen der staatlichen Haushalte ist ja dann auch, was dafür herhalten muss, dass keiner der vielen Wünsche in Erfüllung gehen kann, die so an die Gesellschaft gestellt werden: Die Lohnabhängigen sollen mehr arbeiten, und dafür immer weniger bekommen - auch 1€ die Stunde soll okay sein. Arbeitslosen wird seit Hartz IV so gut wie gar nichts mehr zu gestanden, die Bildungseinrichtungen sollen bluten und das staatliche Mittel auch für soziale Projekte oder etwa Jugendzentren da sein könnten, ist auch nur noch eine Idee von „linken Spinnern“, die das mit den leeren Kassen wohl noch nicht verstanden haben. Die Gürtel werden also allenthalben enger geschnallt - weil „kein Geld“ mehr da ist.

Nun wundert sich, wer mal die Geld-Brille absetzt und feststellt, wie das Kind, das den Lolli anstrahlt, dass die Supermärkte doch voll sind von so vielen tollen Dingen, die man gerne hätte. Ja, sollte es nicht gerade der Segen der Marktwirtschaft sein, dass immer mehr nützliche Dinge immer effizienter, d.h. in immer weniger Zeit mit immer weniger Aufwand hergestellt werden können? Müsste dann nicht immer mehr für alle da sein, müssten wir nicht alle in Lollis versinken? Das tun wir auch, nur lutschen dürfen wir nicht - wir können sie ja nicht bezahlen. Das ist wohl die andere Seite dieser „Marktwirtschaft“: Zwischen uns und den nützlichen Dingen steht ja immer diese unsichtbare Barriere, dieses Etwas, geheißen „Finanzierung“.

Klingt alles ziemlich widersprüchlich, ist es auch. Diesen Widerspruch auf den Punkt gebracht haben schon viele, vor langer Zeit z.B. einmal ein kluger Typ namens *Karl Marx*. Der hat sich das mal genauer angeguckt und dann festgestellt, dass so viele Menschen immer ärmer werden, obwohl, wie die damaligen Ökonomen schon versprochen, der Reichtum im Kapitalismus - ein passenderer Name für diese „Marktwirtschaft“ - immer größer werden würde. Der hat das dann so beschrieben, dass Reichtum im Kapitalismus zwei Seiten hat: Die vielen nützlichen Dinge, also Lollis und

solche Sachen, nannte er „stofflichen Reichtum“, die Form allerdings, worin Reichtum im Kapitalismus besteht, den „Wert“. Dieser Wert, der nichts anderes als verausgabte Arbeitszeit ist, und, wie Marx das nannte, im Geld erscheint, ist es dann aber, um den sich im Kapitalismus alles dreht: Aus Wert soll mehr Wert werden, aus Geld mehr Geld.

Die einzelnen Menschen, die dann dafür zuständig sind aus Geld mehr zu machen, wollen und müssen natürlich besser sein im Mehr-Geld-Machen als die anderen, und so versuchen sie mehr Lollis in weniger Zeit, also mit weniger Arbeit, herzustellen. Die andern sind nicht dumm und machen das dann nach, und schon haben wir viel mehr Lollis, aber viel weniger Wert - weil weniger Arbeitszeit, die dafür verausgabt werden musste. Mehr stofflicher Reichtum also, aber weniger Wert. Um dann noch mehr Wert zu machen, müssen also nicht nur effizientere Lollis, sondern auch gleich viel mehr Lollis hergestellt werden. Das ist dann der Grund, warum es immer mehr Lollis, also stofflichen Reich-

tum, gibt, der sich aber in immer weniger Geld, also dem Darstellungsmedium von Wert, darstellen lässt. Der Widerspruch ist also der zwischen dem stofflichen und den wertförmigen Reichtum.¹

Wenn jetzt aber wegen der viel effizienteren Lollis immer weniger Arbeit notwendig ist, also wertförmiger Reichtum weniger wird, dann wird das auf der einen Seite mit dem Geldvermehreren schwierig, auf der anderen gibt's immer weniger, die für das Arbeiten so bezahlt werden können, dass sie sich die Lollis kaufen könnten. Dann gibts zwar Lollis, aber kein Geld dafür - das Kind muss trotzdem weinen. Wenn die Lollis dann niemand kaufen kann, dann wird's mit dem Geldvermehreren noch schwieriger und immer so weiter, bis irgendwann gar nichts mehr geht. Marx nannte das Krise - und so eine haben wir gerade. Statt allen die Lollis zu geben und sie lutschen zu lassen, lässt man sie, weil niemand Geld dafür hat, lieber abwracken, so wie das mit den Autos neulich gemacht wurde, damit das mit dem Geld irgendwie wieder hinkommt. Aber so richtig funktioniert das auch nicht auf Dauer und sinnvoll ist es erst recht nicht - gehts dabei doch nur um das sinnlose Geldvermehreren, aber um die Bedürfnisse der Menschen wohl kaum.

Mit Geld geht also irgendwann gar nichts mehr. „Vielleicht gehts ja doch ohne“, dachten sich einige. Nur müsste statt dass alle nichts kaufen können, man halt aufhören mit der Bezahlerlei. Ohne Geld geht also doch so Einiges, man müsste nur mal ausprobieren, wie. Die sich das gedacht haben, haben dann auch mal angefangen das auszuprobieren - auch hier in Göttingen. Und wie das so gehen könnte, wollen wir euch in dieser Reihe vorstellen.

Letztes mal wurde euch bereits gezeigt, wie Nutzer*Innen-Gemeinschaften funktionieren, in denen statt ihre Probleme über Geld zu lösen, Fähigkeiten und Dinge einfach direkt zur Verfügung gestellt werden.² Dieses mal erfahrt ihr mehr über den Umsonstladen, in dem niemand weinen muss, wenn er*sie dort etwas sieht, was ihr gefällt.

Umsonstladen Göttingen

In Zeiten, da der Kapitalismus nicht mal mehr nach seinen eigenen Kriterien richtig funktioniert, wird es höchste Zeit, sich mal anzuschauen und auszuprobieren, wie andere Formen der Vergesellschaftung aussehen könnten. Umsonstläden sind zum Beispiel ein Bestandteil einer solchen Alternative, und die gibt es in vielen Städten³. Ein solches Projekt gibt es auch in Göttingen schon seit Jahren: Der Umsonstladen im Jugendzentrum Innenstadt (Juzi).



Hinbringen und mitnehmen statt tauschen

In einem Umsonstladen kannst Du alle Sachen, die dort herumliegen, umsonst mitnehmen. Und Du kannst Dinge, die Du nicht mehr brauchst, die aber noch nutzbar und funktionstüchtig sind, dort hinbringen, damit andere die Möglichkeit haben, sie umsonst mitzunehmen. Dadurch erhöhen sich die Handlungsspielräume all derer, die den Umsonstladen nutzen: Du hast weniger Krempel zu Hause rumstehen und kannst gleichzeitig auf einen wesentlich größeren Pool an Dingen zugreifen. Für Dinge, die nicht in den Umsonstladen passen, gibt es ein schwarzes Brett. Mitnehmen kann jede*r alle dort hingebraachten Gegenstände, die er*sie möchte. Es gibt keine Beschränkung wie viel man nehmen darf und es ist auch nicht daran gekoppelt, ob man selbst etwas mitgebracht hat.

Wozu das Alles?

Weil die Art und Weise, wie wir Dinge unter uns verteilen, ziemlich beschränkt ist (siehe oben). Menschen kriegen nützliche Gegenstände nicht, weil sie sie benötigen, sondern müssen dafür Geld bezahlen. Um das erstmal zu bekommen, müssen Menschen - wenn sie nicht zufällig reich geerbt haben - ihre Arbeitskraft an andere verkaufen. Ihre Arbeitszeit verbringen sie dann damit, Dinge zu dem alleinigen Zweck zu produzieren, dass damit Gewinne erwirtschaftet werden können - und nicht etwa mit dem angeblichen Hauptzweck, die Bedürfnisse von Menschen zu befriedigen. Selbst wenn sie was sinnvolles machen wollen, dann können sie das nur, wenn sich das gewinnbringend machen oder sich eben "finanzieren" lässt.

Obwohl immer mehr Dinge produziert werden können, können sich aber immer weniger diese leisten - nicht zuletzt deswegen, weil ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird. Statt aber allen die Dinge dann einfach so zur Verfügung zu stellen, wenn dafür keine Arbeit mehr nötig ist, bekommen immer weniger etwas ab von immer größerem stofflichen Reichtum. Der Umsonstladen bietet die Möglichkeit, dieses bornierte Prinzip von Tausch und Eigentum anzuknacksen. Wenn alle ihre Isomatte, die ohnehin nur Platz im Zimmer wegnimmt, in den Umsonstladen bringen würden und sich immer dann, wenn sie mal eine brauchen, sie aus dem Laden holen, dann haben alle immer Zugriff auf eine Isomatte - auch die, die sich gerade keine leisten können.

Das ist ein anspruchsvolles Unterfangen: Es setzt voraus, dass sich alle anderen ebenfalls ihre Isomatte in den Umsonstladen bringen. Es setzt voraus, dass wir selber den uns über Jahre antrainierten Zwang, Eigentum wie einen Augapfel zu behüten, überwinden. Aber genau um solche Dinge zu verlernen, die nur im Kapitalismus Sinn machen, ist ein Umsonstladen wichtig.

Damit gibt es noch keine neue Gesellschaft und der oben beschriebene Irrsinn ist noch lange nicht abgeschafft - so einfach geht das dann doch nicht. Dinge müssen schließlich auch irgendwo hergestellt werden und um alles zusammen zu kriegen, was man zum Leben braucht, reicht ein kleiner Umsonstladen noch lange nicht aus. Aber Räume wie der Umsonstladen können ein Teil einer größeren antikapitalistischen Transformationsbewegung sein, in der wir uns gemeinsam unsere Lebensumwelt aneignen. Umso mehr Leute ihre Dinge zur Verfügung stellen, umso mehr Leute ein anderes Miteinander auszuprobieren bereit sind - umso umfangreicher und besser kann auch das Angebot im Umsonstladen werden. Und wer weiß, vielleicht sind ja auch einmal genug Menschen dabei, die entscheiden könnten, sich zusammenzuschließen, um auch selbst was zu produzieren und anderen zur Verfügung zu stellen - wenn dafür Verlass darauf ist, dass sie selbst ebenso im Umsonstladen finden, was sie brauchen, klingt das gar nicht mehr so verrückt, wie es in einer Gesellschaft erscheint, in der man nichts geschenkt bekommt.

Wichtig ist aber ein Umsonstladen nicht nur, weil er ein erster Anfang ist, sich anders aufeinander zu beziehen denn als tauschende Warenbesitzer*Innen: Schließlich sind wir alle als solche aufgewachsen und müssten für eine andere Gesellschaft erst einmal verlernen, was diese so alles nicht braucht: Die Vorstellung, dass jemand einen ausnützt, wenn man ihm*ihr etwas gibt, ohne etwas zurück zu bekommen. Oder auch das flau Gefühl im Magen, wenn man selbst etwas nimmt, aber gerade nichts zu geben hat. Die Angst in Freiheit Dinge weiterzugeben, statt alle zu zwingen arbeiten zu gehen, wenn sie sich etwas nehmen - eben weil es in einer Gesellschaft, in der dieser Zwang existiert, das niemand sonst freiwillig tun würde. Usw. All dies muss verlernt, und ein anderer freierer Umgang miteinander erst einmal ausprobiert und eingeübt werden, bevor wirklich alles anders werden könnte.

So funktioniert's...

Der Umsonstladen in Göttingen hat keine Angestellten oder Verkäufer*Innen. Verkäufer*Innen braucht es in einer Gesellschaft, die nicht auf Tausch und Geld basiert, auch gar nicht mehr - eine der vielen unspassigen Arbeiten, die einfach wegfallen würden. Aber aufgeräumt und sortiert werden muss er natürlich trotzdem. Deshalb achtet beim Nutzen des Ladens darauf, dass ihr ihn so hinterlasst, wie ihr ihn gerne betreten wollt. Wenn ihr etwa Dinge vorbei bringt, denkt z.B. an Folgendes: Der Umsonstladen ist keine Müllhalde - kaputte Dinge will niemand haben, und brauchen also auch gar nicht erst dort abgestellt zu werden. Wenn ihr etwa Kleidung vorbei bringt, wascht sie vorher und achtet darauf, dass nicht etwa so etwas wie einzelne Socken dort landen - diese Dinge wird kaum jemand wieder mitnehmen. Die Sortierung der Regale dient dazu, dass man schnell findet, was man sucht - also stellt eure Dinge dort hin, wo man sie vermutet. Wenn ihr die vielen Dinge durchsucht, die im Laden herumliegen, achtet bitte darauf, sie ordentlich wieder zurück zu legen, wenn ihr sie nicht mitnehmt. Das erhält die Übersichtlichkeit auch für andere, die etwas suchen.

Wenn sich an diese Kleinigkeiten gehalten wird, kann eigentlich im Alltagsbetrieb nichts schief gehen. Weil aber doch manchmal größerer Aufräumbedarf besteht, sich über neue Regale oder Ähnliches Gedanken gemacht werden muss, ist es sinnvoll, wenn sich Nutzer*Innen zu einer CareGroup zusammenschließen, die ein wenig darauf achten, dass der Umsonstladen nutzbar bleibt..

Gibt es eine CareGroup?

Bis vor kurzem gab es eine, zur Zeit leider nicht. Aber so ein Umsonstladen funktioniert wesentlich besser, wenn es eine solche CareGroup gibt. So eine Gruppe könnte aber wieder entstehen. Wenn du Interesse hast dich zu beteiligen, komm doch einfach am 29.10. um 17 Uhr vorbei oder schreib uns eine Mail an umsonstladen@180-grad.net.

Nichts wie hin und zugreifen!

Der Umsonstladen Göttingen befindet sich im 1. Stock des Jugendzentrum Innenstadt (JuZI) in der Bürgerstr 42. Er ist immer während er Öffnungszeiten der Cafés und des Infoladens geöffnet:

Di 19:30-21:00h // Mi 14:00-18.00h // Do 16:00-20:00h

Gruppe 180°, www.180-grad.net

¹⁾ Wie das genau funktioniert kann man hier nachlesen: „Money makes the world go round...“, <http://www.bb-goettingen.de/187>; oder direkt in Karl Marx: Das Kapital

²⁾ Siehe „NutzerInnen-Gemeinschaften: Mit Schick, Chance und Methode“ aus Zusammenhang #20, <http://www.bb-goettingen.de/1558>

³⁾ Eine Übersicht gibts auf <http://www.umsonstladen.de/>



Termine:

O-Phasen Party

Mi. 14. Okt // ab 22h // JuZi (Bürgerstr. 41)

Welcome to the mashine!

Alternativer Ersti-Abend - Linke Szene kennenlernen
Mi. 21. Okt // 19h // Autonomicum (blauer Turm)

Vortrag: Toleranter Westen, Homophober Islam?

Europa und die Heteronormalisierung der islamischen Welt mit Georg Klauda // Gruppe 180°
Mo. 26. Okt // 20h // Apex (Burgstr. 46)

Basisgruppen-Einsteiger*Innen-Abende

Ort und Zeit für eure BG erfahrt ihr auf den Homepages (siehe rechts)
Di. 27. Okt // ab 19h

Vortrag: Queere Monster

queere Filmanalyse mit Uta Sheeer // LesBiSchule-Kulturtage
Do. 29. Okt // 20h // ZHG004

Vortrag: Abseits der Monogamie

mit Anna Heger und Jacky Mercy // LesBiSchwule Kulturtage
So. 01. Nov // 15h // Autonomicum (blauer Turm)

Vortrag: Schwul leben - heterosexuell lieben

mit Sebastian Scheele // LesBiSchwule Kulturtage
Do. 05. Nov // 20h // ZHG004

Vortrag: Spielplätze und neue Territorien

Spiel mit Geschlecht in der BDSM-Community mit Robin Bauer // LesBiSchwule Kulturtage
Do. 12. Nov // 20h // ZHG004

Demo: Kein Vergeben, kein Vergessen!

Anlässlich des 20. Todestages der Göttinger Antifaschistin Conny
Sa. 14. Nov // 15h // Gänseliesel

Die schwule Filmnacht

Sa. 14. Nov // 20h // Kino Lumière (Geismarlandstr. 19)

Vortrag: Transsexualität und die Ordnung der Geschlechter

mit Adrian Langer // LesBiSchwule Kulturtage
Do. 19. Nov // 20h // Aids-Hilfe (Obere Karspüle 14)

Join your local Basisgruppe!



Basisgruppe Biologie

Homepage: uni-goettingen.de/de/90816.html
Kontakt: fsbio@gwdg.de
Treffen: Montags 20:00h Wilhelm-Weber-Str.



Basisgruppe Ethno

Kontakt: bg_ethno@gmx.de
Treffen: Mittwochs 20:00h Theaterstr. 14



Basisgruppe fIMP (Mathe/Informatik/Physik)

Homepage: bgfimp.blogspot.de
Kontakt: bg-fimp@gmx.de
Treffen: Montags 18:00h Mathe-Cafete (Bunsenstr.)



Basisgruppe Germanistik

Homepage: bggermanistik.blogspot.de
Kontakt: bg-germanistik@gmx.net
Treffen: Montags 20:00h Café Kabale



Basisgruppe Geschichte

Homepage: www.bg-geschichte.org
Kontakt: bg-geschichte@gmx.net
Treffen: Montags 20:30h Café Kabale



Basisgruppe Geo

Kontakt: bg-geo@gmx.de
Basisgruppe Kunstgeschichte
Kontakt: basisgruppekunst@web.de



Basisgruppe International

Homepage: bginternational.blogspot.de
Kontakt: bg-international@gmx.de
Treffen: Donnerstags 19:30h



Basisgruppe Jura

Homepage: bgjura.blogspot.de
Kontakt: bg-jura@web.de
Treffen: Mittwochs 20:00h MZG 1313



Basisgruppe Medizin

Homepage: www.bgmed.org
Kontakt: bg.med@gmx.de
Treffen: Mittwochs 20:00h Rosa-Luxemburg-Haus (AStA-Gebäude)



['Basisgruppe SoWi']

Homepage: www.bgsowi.de.vu
Kontakt: bgsowi@stud.uni-goettingen.de
Treffen: Montags 20:00h vor dem Haupteingang des Oeconomicums



Basisgruppe WiWi

Kontakt: alternative.economics.goettingen@gmx.de



Basisgruppe Philosophie

Homepage: basisgruppephilosophie.wordpress.com
Kontakt: basisgruppephilosophie@yahoo.com
Treffen: Donnerstags 20:00h Bunter Raum (Keller der Humboldtallee 19)



Besucht unsere Homepage unter:
www.bb-goettingen.de

++ Aktuelle Termine +++ News +++ Bildungskritik +++ Analysen ++